Tina Füchslbauer

Soziale Arbeit in Städten: Für alle!

Urbane Schutzzonen für undokumentierte Migrant_innen

Sanctuary Cities and Urban Citizenship for Undocumented Migrants

Zusammenfassung: In diesem Beitrag wird die Soziale Arbeit mit illegalisierten/undokumentierten[1] Menschen in den Fokus genommen. In einer eigenen empirischen Studie wurde in den USA exemplarisch untersucht, inwiefern Konzepte von *Urban Citizenship* und *Sanctuary Cities* dazu beitragen können, die Soziale Arbeit mit undokumentierten Menschen zu ermöglichen und zu erleichtern. Dazu wurden sechs qualitative Interviews in New York City und Phoenix, der Hauptstadt des Bundesstaates Arizona, geführt. Auch hierzulande existieren lokale Unterstützungsinitiativen für Migrant_innen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Seit dem Sommer der Migration im Jahr 2015 wird verstärkt diskutiert, wie die oben genannten Konzepte aus den USA auf europäische Rahmenbedingungen übertragen werden können. Die hier dargestellten und diskutierten Ergebnisse könnten dazu einige Impulse bieten. Überdies kann anhand des Beispiels von illegalisierten Menschen gezeigt werden, dass Soziale Arbeit bestimmte politische Haltungen einnehmen muss, um Menschenrechte wirkungsvoll umzusetzen.

Schlagworte: Migration, undokumentiert, illegalisiert, illegal, Soziale Arbeit, Sanctuary City, Urban Citizenship

Abstract: This article focuses on social work with undocumented immigrants. As example, an empirical study with social workers in the USA ex-

1 Im deutschsprachigen Raum hat sich der Begriff „illegalisiert" durchgesetzt, der auf den Prozess der Ausgrenzung seitens des Staates hinweist. In diesem Beitrag verwende ich den Begriff „undokumentiert", übersetzt aus dem Englischen, da er meines Erachtens deskriptiver ist. Ein weiterer Begriff wäre jener der „sans papiers".

amines the extent to which the concepts of urban citizenship and sanctuary cities play a role in enabling and facilitating social work with undocumented people. Six qualitative interviews were conducted in New York City and Phoenix, the state capital of Arizona. In Austria and Germany too, there are local support initiatives for migrants with a precarious residence status. Since the summer of migration in 2015, there has been increasing discussion on how the above-mentioned concepts from the USA can be transferred to European conditions. The results presented and discussed here could provide some impetus for this. The example of undocumented people moreover shows that social work needs political positions based on universal human rights.

Keywords: migration, undocumented, social work, sanctuary city, urban citizenship

1. Einleitung

Weltweit werden Menschen im Kontext unmenschlicher Migrationsregime illegalisiert und infolge der Ablehnung von Asyl und Bleiberecht gezwungen, undokumentiert in einem Land zu leben. Dies stellt auch die Soziale Arbeit vor Herausforderungen, ist diese doch in nationalstaatliche Konzepte eingebettet, was zu Ausschlüssen jener Menschen führt, die keinen Aufenthaltstitel im jeweiligen Staatsgebiet haben. Soziale Arbeit mit ihnen hat keine „gesetzliche Grundlage" (Schirilla, 2016, S. 165) und in der Regel gibt es von staatlicher Seite keinen Auftrag, Hilfsangebote an diese marginalisierte Zielgruppe zu richten (vgl. Füchslbauer & Kühne, 2021). Daher braucht es politisches Engagement, das auf universelle Menschenrechte rekurriert und Handlungsräume des geltenden Rechts offensiv ausnutzt.

In den USA und in Kanada haben Aktivist_innen und Stadtregierungen schon vor Jahrzehnten begonnen, sich gegen Migrationspolitiken, die zur Illegalisierung und Abschiebung von Menschen führen, zu engagieren und Schutzzonen, sogenannte *Sanctuary*[2] *Cities*, zu bilden. Auch im deutschsprachigen Raum gibt es das Bestreben, der „Festung Europa" durch *Solidarische Städte* entgegenzuwirken. (vgl. Wenke & Kron, 2019, S. 5 ff.). In die-

2 bedeutet so viel wie Schutzort, aber auch Heiligtum und benennt den kirchlichen Altarraum. Das Wort wurde namensgebend für die *Sanctuary*- Bewegung, da Angehörige verschiedener Glaubensgemeinschaften ihre heiligen Stätten als Schutzräume für Geflüchtete zur Verfügung stellten (Ovryn Rivera, 1987, S. ix).

sem Zusammenhang wird das Konzept *Urban Citizenship,* auf Deutsch *Stadtbürger_innenschaft*, diskutiert, um Zugehörigkeit in den konzentrierten Migrationsräumen der Städte neu zu denken und zu gestalten. (vgl. Wenke & Kron, 2019). In diesem Artikel wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Konzepte von *Sanctuary City* und *Urban Citizenship* der Sozialen Arbeit mehr Handlungsspielraum zur Unterstützung undokumentierter Personen geben und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Lebensqualität dieser Menschen verbessern. Der Blick wird dazu auf die USA gerichtet, wo der Anteil undokumentierter Personen gemessen an der Gesamtbevölkerung wesentlich höher ist als in Österreich und Deutschland (vgl. Scherr & Hoffman, 2018, S. 873). Um herauszufinden, welche Bedeutung die genannten Konzepte für die Soziale Arbeit mit undokumentierten Migrant_innen in den USA haben, habe ich im Rahmen eines Forschungsprojektes im Jahr 2019 exemplarisch Sozialarbeitende in der *Sanctuary City* New York und in Phoenix, der Hauptstadt des Bundesstaates Arizona, der für seine restriktiven Migrationspolitiken bekannt ist, interviewt. Darüber hinaus wurden Selbstdarstellungen der beiden Stadtregierungen hinsichtlich ihrer Einstellung zu Migration analysiert und in Bezug zu den Aussagen der Interviewpartnerinnen* gesetzt. Die Forschungsergebnisse zeigen, inwiefern der Status einer *Sanctuary City,* ergänzt durch Elemente von *Urban Citizenship*, die Handlungsmöglichkeiten Sozialer Arbeit erweitert. Ziel ist es, daraus Handlungsempfehlungen für die Soziale Arbeit hierzulande und global abzuleiten.

Im nächsten Kapitel wird kurz der Forschungsstand erläutert, dann folgen eine Beschreibung des Forschungsfeldes und eine Einführung in die Ideen der *Sanctuary*-Bewegung und von *Urban Citizenship.* Anschließend wird das methodische Vorgehen erläutert, bevor die Forschungsergebnisse präsentiert werden. Abschließend wird diskutiert, worin die Stärken und Grenzen von *Sanctuary Cities* liegen und was dies für die Soziale Arbeit in den USA und hierzulande bedeutet.

2. Forschungsstand

Es gibt in der englischsprachigen Fachliteratur bereits fundierte Auseinandersetzungen mit den Herausforderungen Sozialer Arbeit mit undokumentierten Menschen (vgl. Park & Bhuyan, 2012; Scott & Caceres, 2018; Stewart, 2014). Auch im deutschsprachigen Raum lässt sich Literatur zum Thema der Sozialen Arbeit mit illegalisierten Menschen finden (vgl. Schirilla, 2016, S. 165 ff.; Vogel, 1996), allerdings ohne die Verknüpfung mit

dem Thema *Sanctuary City* und/oder *Urban Citizenship*. Tsianos (2019, S. 487 ff.) untersucht mit einem sozialraumbezogenen Blick die Lebensbedingungen transnationaler Migrant_innen und problematisiert das Konzept von Staatsbürger_innenschaft (ebd., S. 492), da es Menschen ausschließt. Als Möglichkeit der Abfederung dieser Diskriminierung nennt er *Urban Citizenship* (ebd., S. 487).

Die Recherche ergab im deutschsprachigen Raum keine Arbeiten zur Verknüpfung der Themen mit der Fragestellung, inwiefern *Sanctuary City* und *Urban Citizenship* bessere Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit mit undokumentierten Menschen bieten.

Aufgrund der zunehmend restriktiven Migrationspolitiken der Europäischen Union sind der Schutz vor Abschiebung und die Wahrung der Rechte undokumentierter Menschen auch hierzulande relevante Themen. Deshalb macht es meines Erachtens Sinn, zu diesem Thema den Blick auf die USA zu richten, wo die Soziale Arbeit mehr Erfahrungen in der Arbeit mit der vulnerablen Gruppe der undokumentierten Migrant_innen hat.

3. Forschungsfeld und Forschungskontext in den USA

Aktuell leben in den USA rund elf Millionen undokumentierte Menschen (Schmelz, 2019, S. 193). Die Gesetze, die ihre Ausweisung ermöglichen, stammen zwar aus der Präsidentschaftszeit Bill Clintons, wurden aber während der Amtszeit von Donald Trump unter dem Stichwort „zero tolerance" mit besonderer Härte judiziert (vgl. The United States Department of Justice, 2018). Deshalb erlangte die Schaffung von Schutzräumen für illegalisierte Migrant_innen in sogenannten *Sanctuary Cities* in der jüngeren Geschichte wieder besondere Bedeutung. Da in diesen Schutzzonen humanere Migrationspolitiken als auf Bundesebene dominieren, müssen undokumentierte Menschen nicht permanent Angst vor Abschiebung haben. Dies macht es auch für die Soziale Arbeit leichter, mit ihnen in Kontakt zu kommen und Angebote an diese Zielgruppe zu richten.

3.1 Exkurs: Geschichte von Kirchenasyl bis hin zu neuen Stadtbürger_innenschaften

Die Wurzeln des *Sanctuary Movements* liegen im Bundesstaat Arizona, wo 1983 die Bewegung ihren Ausgang nahm. Anfangs waren es Geflüchtete aus El Salvador und Guatemala, denen die USA trotz Krieg und Folter in ihren Herkunftsländern kein Asyl gewährten und die so zum riskanten Grenz-

übertritt in der Sonora Wüste gezwungen waren. (Ovryn Rivera, 1987, S. vi). Sie benötigten Hilfe, um sicher in die Vereinigten Staaten zu kommen. In ihren Anfängen war die *Sanctuary*-Bewegung in den USA von Angehörigen unterschiedlicher Glaubensrichtungen getragen, die zusammen mit mexikanischen Kolleg_innen Fluchtrouten in alle Teile des Landes bis hin nach Kanada organisierten (Ovryn Rivera, 1987, S.: vii, 3).

Im Laufe der Zeit erklärten immer mehr Stadtregierungen ihre Städte zu Schutzzonen für Geflüchtete. Es gibt keine einheitliche Definition dessen, welche Eigenschaften *Sanctuary Cities* haben.

> Sie untersagen aber den lokalen Verwaltungen und der Polizei eine direkte Zusammenarbeit mit den nationalen Einwanderungsbehörden bei Razzien und Abschiebungen. Dadurch kommt es zu einem gewissen Schutz vor Abschiebungen, denn die Bundesbehörden, welche die Abschiebungen durchführen, sind in aller Regel auf Unterstützung der Behörden vor Ort angewiesen. (Lebuhn, 2017, S. 29)

Der Begriff *Urban Citizenship* (Stadtbürger_innenschaft) diskutiert die rechtliche, politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Menschen, die in einer Stadt leben. (vgl. Marshall, 1950). Einen historisch-theoretischen Bezugspunkt stellt das Werk des Soziologen Thomas M. Marshall dar. Dieser problematisierte den Widerspruch zwischen dem Gleichheitsanspruch, der dem Staatsbürger_innenstatus innewohnt, und der herrschenden gesellschaftlichen Ungleichheit (ebd.). Während der deutsche Begriff der Staatsbürger_innenschaft primär auf den rechtlichen Status rekurriert, impliziert der englische Terminus *Citizenship* die aktiven Bürger_innenrechte und die damit verbundenen Kämpfe um gesellschaftliche Mitgestaltung. (vgl. ebd.).

> Vor diesem Hintergrund wird von städtischen oder regionalen Formen von citizenship gesprochen, wenn lokalpolitische Instrumente eingeführt werden, die soziale Teilhabe nicht nur für Staatsbürger_innen gewährleisten oder ausdehnen, sondern für alle Menschen, die in einer Stadt leben. (Wenke & Kron, 2019, S. 10)

Viele *Sanctuary Cities* setzen mittlerweile Ansätze von *Urban Citizenship* um und stärken somit die soziale und gesellschaftliche Teilhabe dokumentierter und undokumentierter Migrant_innen.

3.2 Forschungsfokus

Der geografische Forschungsfokus der hier referierten Studie liegt auf zwei Städten in den USA, deren Stadtregierungen sich gegensätzlich zur Migration positionieren: New York und Phoenix. Die Stadtregierung von New York stellt sich ausdrücklich gegen Verschärfungen und Repressionen gegen undokumentierte Migrant_innen und befürwortet den Status der Stadt als *Sanctuary City* (MOIA, 2019, S. 5 f.). Sie realisierte darüber hinaus im Jahr 2015 durch die Einführung eines lokalen Identitätsausweises Aspekte von *Urban Citizenship* (IdNYC, 2019). Dieser Lichtbildausweis ohne Angabe der Nationalität ist eine Möglichkeit, sich gegenüber der Polizei auszuweisen, die auch undokumentierten Mitbürger_innen offensteht. Unter den rund 645.000 Nutzer_innen des Ausweises (MOIA, 2019, S. 31) sind aber auch viele Mehrheitsangehörige mit US-Staatsbürger_innenschaft, die durch Vergünstigungen im Freizeit-, Kultur- und Gesundheitsbereich zum Erwerb der Karte motiviert werden (IdNYC, 2019). Das ist wesentlich, denn je mehr New Yorker_innen die NYC ID verwenden, umso mehr ist gewährleistet, dass nicht ihr Besitz alleine schon ein Hinweis auf einen illegalisierten Status ist.

Im Gegensatz zur Stadt New York hat der Bundesstaat Arizona, dessen Hauptstadt Phoenix ist, durch seine restriktiven Migrationspolitiken traurige Berühmtheit erlangt. Das Gesetz *State Bill 1070 (SB 1070)* war bei seinem Inkrafttreten 2010 das bis dato strengste Gesetz gegen sogenannte illegale Migration (Archibold, 2010). Es stattete Arizonas Polizeiapparat mit mehr Macht aus, sodass rassistisch motivierte Personenkontrollen bald zum Alltag in dem an Mexiko grenzenden Bundesstaat gehörten (ebd.). Bis heute gibt es in Arizona keine *Sanctuary Citiy*. Phoenix ist deshalb das zweite, zu NYC kontrastierende Forschungsfeld, um zu untersuchen, ob Schutzzonen für undokumentierte Migrant_innen der Sozialen Arbeit mehr Handlungsspielraum bieten oder nicht.

4. Methodischer Zugang

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurden im Zeitraum von März bis September 2019 sechs Expertinnen*interviews durchgeführt. Die Interviews fanden im Rahmen eines Sozialarbeitsaustauschprogrammes in den USA über CIPUSA (https://www.cipusa.org/) statt. Der Kontakt zu den Sozialarbeiter_innen erfolgte über meine Kontaktperson von CIPUSA und nach

dem Schneeballprinzip über Weitervermittlung von Interviewpartnerinnen* an Kolleginnen*.

Einen Überblick über das Sample gibt folgende Tabelle:

Kürzel	Name	Arbeitsbereich	Stadt
I1[3]	Evie	Krankenhaus-Sozialarbeiterin*	Phoenix
I2	Team (fünf Sozialarbeiterinnen*)	Gewaltschutzeinrichtung	Phoenix
I3	Laurie	Schulsozialarbeiterin*	Phoenix
I4	Stacy, Praktikantin*	Sozialarbeiterin* in einer Wohnungsloseneinrichtung	Phoenix
I5	Blanca	Sozialarbeiterin* in einem Neighborhood-Center	New York City
I6	Ana	Sozialarbeiterin* in einer Neighborhood Clinic	New York City

Die Interviews wurden mit einem Leitfaden durchgeführt und mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet (Helfferich, 2014, S. 559 ff.). Die verwendeten Interviewleitfäden waren halb-strukturiert (Mayring, 2003) und fokussierten auf die Möglichkeiten und Bedingungen von Sozialer Arbeit mit undokumentierten Migrant_innen und die konkreten Erfahrungen der Sozialarbeiter_innen mit dieser Gruppe. Alle Interviews wurden transkribiert und anonymisiert. Die Auswertung der Interviews erfolgte nach der qualitativen strukturierenden Inhaltsanalyse (Mayring, 2003).

Als zweite Methode wurde auf die Dokumentenanalyse (vgl. Mayring, 2002, S. 47) zurückgegriffen. Als Dokument ist im Sinne Mayrings „alles [zu verstehen], das „interessante Schlüsse auf menschliches Denken, Fühlen und Handeln“ (ebd.) zulässt. Um die Aussagen der Interviewpartner_innen zu kontextualisieren, werden sie in Bezug zu den offiziellen Positionierungen der jeweiligen Stadtregierung zu (illegalisierter) Migration gesetzt. Im Falle New Yorks handelt es sich dabei um das bereits zitierte „*Immigrants Rights and Services Manual*“[4] (Stringer, 2018), einem von der Stadt New York herausgegebenen Handbuch für Migrant_innen, und um den aktuellen Bericht des *NYC Mayor's Office of Immigrant Affairs* (MOIA, 2019). Aufgrund fehlender Publikationen wird zur Darstellung der Position der Stadt-

3 steht für Interviewpartnerin. Die Namen der Interviewpartnerinnen* wurden anonymisiert.

4 Zur Abkürzung im Folgenden *NYC Manual* genannt.

regierung von Phoenix auf deren Homepage Bezug genommen (City of Phoenix, 2019).

Ziel dieses methodischen Vorgehens ist es, durch die Verknüpfung der Aussagen der Interviewpartner_innen zusammen mit der Dokumentenanalyse ein realistisches Bild der Lebensumstände undokumentierter Menschen und der Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit zeichnen zu können. Im nächsten Kapitel werden nun die Forschungsergebnisse präsentiert.

7. Möglichkeiten und Grenzen von Sozialer Arbeit in New York City und Phoenix

In diesem Kapitel wird anhand der Forschungsergebnisse präsentiert, wie sich die dargestellten Konzepte auf die Praxis der Sozialen Arbeit mit undokumentierten Personen auswirken. Die Unterteilung erfolgt in unterschiedliche Lebensbereiche, in denen undokumentierte Menschen Diskriminierungen erfahren.

7.1 Unsicherheit durch konstruierte Nicht-Zugehörigkeit

Die Interviews geben Aufschluss darüber, wie schwer es undokumentierten Menschen gemacht wird, ein stabiles Sicherheitsgefühl zu entwickeln. (vgl. I2, Z. 720 ff.; I5, Z. 117 f.; I6, Z. 73 f.). Die Angst vor einer Abschiebung ist für undokumentierte Menschen allgegenwärtig (ebd.) und führt dazu, dass viele es nicht wagen, in schwierigen Lebenssituationen Hilfe zu suchen. So werden sogenannte „hard-to-reach"-Gruppen geschaffen, zu denen Sozialarbeiter_innen nur schwer Zugang bekommen. Blanca, die als Sozialarbeiterin* in einem Neighborhood Center in der Bronx arbeitet, erklärt: „Immigrants tend to wanna stay off the radar, underground, not in public, don't draw any attention to themselves. So they rather drop some benefits". (I5, Z. 117 f.) Eine Sozialarbeiterin* aus Arizona erzählt, dass in Gegenden, in denen verstärkt *racial profiling* stattfindet, undokumentierte Menschen sogar Angst haben, ihre Häuser zu verlassen und sich im öffentlichen Raum aufzuhalten (I2, Z. 720 ff.).

Der prekäre migrationsrechtliche Status erhöht auch die Gefahr, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden. Die Schulsozialarbeiterin* Laurie aus Phoenix erzählt, dass für die Kinder, mit denen sie arbeitet, das Rufen der Polizei bei Gefahr keine Option darstellt, da sie Angst haben, in der Folge abgeschoben zu werden (I3, Z. 146 ff.).

Auch NYC kann trotz des *Sanctuary* Status seine undokumentierten Stadtbürger_innen nur bedingt vor Abschiebungen schützen (I5, Z. 369 f.). Darauf wird im *NYC Manual* deutlich hingewiesen (Stringer, 2018, S. 6). Dennoch tut die Stadt innerhalb ihres Einflussbereichs einiges für die Erhöhung der Sicherheit undokumentierter Migrant_innen. Dies beinhaltet klare Anweisungen für Bedienstete der Stadt:

> The City prohibits its employees from asking about immigration status unless they need the information to determine eligibility for services or benefits, or unless it is required by law. The City requires that immigration status be kept confidential […]. In addition, the City of New York does not assist the federal government in enforcing federal immigration law except in limited situations where it is required by law (Stringer, 2018, S. 8).

Diese „don't ask, don't tell"-Politik soll undokumentierte Mitbürger_innen vor Abschiebungen schützen und gewährleisten, dass alle Bewohner_innen als Opfer oder Zeug_innen eines Verbrechens die Polizei rufen (Stringer, 2018, S. 8). Umgekehrt ermöglicht dies auch die verstärkte Kontrolle undokumentierter Menschen, was durchaus auch im Interesse der Stadtverwaltung liegt (Lebuhn, 2017, S. 34)[5]. Als weitere Maßnahme wird im gesamten Bundesstaat New York der Migrationsbehörde *Immigration and Customs Enforcement* (ICE) nur nach Vorlage eines richterlichen Haftbefehls Zutritt in die Gerichtssäle gewährt (New York State Unified Court System, 2019). Blanca bezeichnet das als „riesigen Triumph" (I5, Z. 510), dem ein langer Kampf voranging (ebd., S. 335 ff.).

Die Anonymität der Nutzer_innen zu gewährleisten, ist wesentlich in der Sozialen Arbeit mit undokumentierten Menschen. Blanca erklärt, dass die Kursteilnehmer_innen im *Neighborhood Center* nicht nach dem Aufenthaltsstatus gefragt werden (I5, Z. 164 ff.). Kommt es in Sozialeinrichtungen zu Kontrollen durch die Migrationsbehörde, ist es wichtig, dass das Personal gut geschult ist (I5, Z. 389 ff.). Blanca erzählt, dass ICE versucht hat, sich zu einem Notquartier für Obdachlose in NYC Zutritt zu verschaffen (I5, Z. 369 f.), aber die dort diensthabenden Sozialarbeiter_innen dies mit dem Hinweis, dass das ohne richterliche Anordnung nicht möglich sei,

5 Engagement für undokumentierte Migrant_innen seitens Stadtregierungen ist generell nicht uneigennützig. Auch wenn in diesem Artikel aus Platzgründen nicht auf diese ökonomischen Faktoren eingegangen wird, ist unbestritten, dass Undokumentierte unersetzbare Arbeitskräfte sind.

abwenden konnten. Mit Genugtuung sagt Blanca: „No warrant, you ain't getting in. Whether it's the NYC Police Department, the FBI, it doesn't matter who you are. If you don't have a warrant, you are not coming in." (I5, Z. 383 f.)

Einige meiner Interviewpartnerinnen* in Phoenix können mir überraschenderweise nicht sagen, ob die Stadt *Sanctuary*-Status hat (I1, Z. 374 ff.; I4, Z. 731 ff.), sind sich aber trotzdem sicher, dass von ihren Einrichtungen niemand an ICE ausgeliefert wird (I1, Z. 152 ff., 178 f.; I4, Z. 731 ff.). Die Kliniksozialarbeiterin* Evie sagt, dass die Verfolgung Krimineller immer Priorität gegenüber der Verfolgung undokumentierter Menschen hätte (I1, Z. 403 ff.). Das entspricht der Positionierung des *Phoenix Police Department.* Auf der Homepage spricht es sich gegen *Racial Profiling* aus und erläutert diesbezügliche Verhaltensvorschriften für Polizist_innen, wonach im Falle eines Gewaltverbrechens der Aufenthaltsstatus nur dann erfragt werden darf, wenn mutmaßliche Täter_innen verdächtigt werden, sich ungesetzlich im Land aufzuhalten, und dass Gewaltopfer nicht nach ihrem Aufenthaltsstatus gefragt werden dürfen (City of Phoenix, 2017). Dennoch fehlt seitens der Stadtregierung eine klare Positionierung pro Migrant_innen. Auf der Homepage wird klargestellt, dass sie sich bezüglich des oben bereits erläuterten, restriktiven Bundesgesetzes *State Bill 1070* konform verhält (City of Phoenix, 2019).

7.2 Un(ter)dokumentierte Arbeitskraft

Da das Fehlen von Aufenthaltspapieren ein legales Anstellungsverhältnis unmöglich macht, bleibt undokumentierten Migrant_innen nur der informelle Arbeitsmarkt. Privatpersonen und Firmen heuern illegalisierte Menschen an, da diese leichter auszubeuten sind. Doch auch in den USA gelten Arbeitsrechte für alle. Deshalb haben ehrenamtliche Rechtsberater_innen *Workers' Rights Clinics* aufgebaut.[6] Dort erhalten undokumentierte Arbeiter_innen arbeitsrechtliche Beratung und die Mitarbeiter_innen kontaktieren die Firmen, um mit ihnen über faire Bezahlung und Behandlung zu verhandeln. Viele Arbeitgeber_innen sind zur Kooperation zu bewegen, da sie wissen, dass sie gesetzeswidrig handeln.

Undokumentierte Arbeit ist aber vor allem für jene, die sie leisten, gefährlich. Wie Evie, die Krankenhaus-Sozialarbeiterin*, erzählt, sind undo-

6 Die folgenden Informationen stammen aus einem Gespräch mit einer Jus-Studentin*, die ehrenamtlich bei der Workers' Rights Clinic in Tucson mitarbeitet.

kumentiert Arbeitende nicht versichert (vgl. I1, Z. 75), führen gleichzeitig jedoch häufig gesundheitsgefährdende Tätigkeiten durch:

> [L]ots of immigrants work at jobs that are very high risk, for example roofing. And they are exposed to a lot of hours to the heat. They may fall off the roof. They become dehydrated and they pass out because they aren't drinking enough water. […] so they end up in the hospital. And then, the companies they are working for don't have insurance for them. And so they don't have any coverage. And they are not eligible for insurance, despite what you may hear that they are using the system (I1, Z. 65 ff.).

Im NYC Manual findet sich unter dem Abschnitt „Workers' Rights" neben Informationen zum Mindeststundenlohn und zur Überstundenbezahlung (Stringer, 2018, S. 31 ff.) der Hinweis, dass auch undokumentierte Arbeiter_innen nach arbeitsbedingten Unfällen und Krankheiten Anspruch auf Entschädigungsleistungen wie die Übernahme der Behandlungskosten bis hin zu Geldleistungen für Hinterbliebene im Todesfall haben (vgl. Stringer, 2018, S. 35). In Arizona hingegen wird nach Arbeitsunfällen nur die Akutbehandlung in Krankenhäusern gewährleistet und wie Evie erklärt, haben undokumentierte Patient_innen keinen Anspruch auf weitere Therapien und Maßnahmen zur Rehabilitation (I1, Z. 75 ff.).

7.3 Gesundheit für alle?

Undokumentierte Menschen haben keinen Zugang zur staatlichen Krankenversicherung *Medicaid* (I4, Z. 50 ff.). Auch in NYC haben volljährige undokumentierte Menschen, neben dem erwähnten Arbeitnehmer_innenschutz, nur Anspruch auf die bundesweit gewährleisteten Notfallsbehandlungen (Stringer, 2018, S. 14). Ana, die als Sozialarbeiterin* im Gesundheitszentrum einer *Neighborhood Clinic* in der Bronx arbeitet, betont, dass in NYC niemandem im Notfall die Behandlung verweigert wird: „I don't know in another part of the country / but in New York, if you are sick you get care." (I6, Z. 105) Diese Notfallbehandlung ist allerdings kein NYC-Spezifikum, sondern entspricht dem Bundesgesetz *EMTALA* (*Emergency Medical Treatment & Labor Act*) aus dem Jahr 1986 (Center for Medicare & Medicaid Services, 2012). Auch Evie bezieht sich darauf, als sie von ihrer Arbeit im Krankenhaus in Phoenix berichtet (I1, Z. 225 ff.). Allerdings ergänzt Ana, dass in NYC beispielsweise auch die Kosten für Chemotherapien übernommen werden (I6, Z. 110 ff.), während es in den Interviews mit

Sozialarbeiterinnen* aus Arizona vage bleibt, welche Behandlungskosten als Notfall gelten.

Viele Bundesstaaten, so auch New York, bieten zumindest für Schwangere und Kinder bis zum 18. Lebensjahr unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Gesundheitsversorgung an (National Immigration Law Center, 2018; I6, Z. 85 f.). Ana erzählt, dass alle Schwangeren medizinische Versorgung und Sachleistungen für das Baby erhalten (I6, Z. 184 ff.) und nach der Geburt eine Krankenschwester nach Hause kommt, egal ob die Mutter dokumentiert ist oder nicht. Arizona hingegen zählt nicht zu den Bundesstaaten, die solche Leistungen für undokumentierte Schwangere anbieten (National Immigration Law Center, 2018).

Die Krankenhaussozialarbeiterin* Evie meint, dass „[t]he lack of access to information" (I1, Z. 318 f.) eines der dringlichsten Probleme in der Arbeit mit undokumentierten Patient_innen sei. Oft seien es einfache und günstige Behandlungen, die die Lebensqualität von Menschen erhöhen könnten (I1, Z. 319 ff.). Exemplarisch führt sie an, dass ein simpler Bluttest und Medikamente zum Preis von 4–10 Dollar pro Monat den Gesundheitszustand von Patient_innen mit Schilddrüsenerkrankungen entscheidend verbessern könnten, aber das Problem sei, dass viele erst gar nicht zur Untersuchung ins Krankenhaus kommen würden (I1, Z. 327 ff.).

7.4 Bildung für alle?

Im Manual von NYC wird undokumentierten Menschen versichert, dass die Migrationsbehörde (ICE) nicht in die Schule gelassen wird, um den Aufenthaltsstatus von Schüler_innen zu überprüfen (Stringer, 2018, S. 9). Grundsätzlich ist es im gesamten US-Bundesgebiet der Schuladministration verboten, nach dem Aufenthaltsstatus schulpflichtiger Kinder zu fragen (Nicholls, 2013, S. 2). Schulsozialarbeiterin* Laurie räumt allerdings ein, dass das Sicherheitsempfinden undokumentierter Familien sehr wohl je nach politischer Positionierung der Schulleitung und Standort der Schule variiert (I3, Z. 65 ff.). Die wirklichen Probleme beginnen für junge Menschen nach ihrem Schulabschluss, da ihnen weder Studium noch Berufsausbildung in demselben Maße zugänglich sind wie ihren dokumentierten Mitschüler_innen (vgl. Nicholls, 2013, S. 3). NYC versucht – im Gegensatz zu anderen Städten wie Phoenix – undokumentiert Studierende durch finanzielle Beihilfen und die Verrechnung niedrigerer Studiengebühren zu unterstützen (Stringer, 2018, S. 26 f.).

8. Zusammenfassung und Implikationen für Österreich und Deutschland

Die Forschungsergebnisse der vorliegenden Erkundungsstudie zeigen exemplarisch, dass in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Bildung in der *Sanctuary City* New York deutlich bessere Rahmenbedingungen für undokumentierte Migrant_innen geschaffen wurden als in der Stadt Phoenix, die keine *Sanctuary City* ist. Im Bereich des Wohnens gibt es hingegen wenig Unterschiede. Undokumentierte Menschen sind sowohl in Phoenix als auch in NYC häufig obdachlos (vgl. ebd.; I1, Z. 19 ff.; I4, Z. 194 ff.). Auch in NYC ist die Wohnungsnot groß (MOIA, 2019, S. 18) und Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere haben keinen Anspruch auf gefördertes Wohnen (Stringer, 2018, S. 41; I5, Z. 223 f.; I6, Z. 259 ff.). Hier werden die Grenzen des *Sanctuary*-Status deutlich.

Weiters zeigt sich, dass nicht alle Vorteile, die von den Interviewpartner_innen aus NYC als Alleinstellungsmerkmal ihrer Stadt dargestellt werden (I5, Z. 652 ff.; I6, Z. 85, 110 ff.), dies auch wirklich sind. Einige Gesetze, die die Lebensbedingungen undokumentierter Mitbürger_innen verbessern, gelten nicht nur im Stadtgebiet, sondern im gesamten Bundesstaat New York (vgl. New York State Unified Court System, 2019; National Immigration Law Center, 2018) oder sind, wie die Gesundheitsversorgung im Notfall, durch Bundesgesetze geregelt (Center for Medicare & Medicaid Services, 2012). Hier tritt das romantisierte Narrativ von New York als Einwanderungsstadt zutage, das zur Überzeugung meiner Interviewpartner_innen führt, dass sich Migrant_innen in NYC sicher und unterstützt fühlen können (I6, Z. 463 ff.). Blanca rekurriert darauf mit Aussagen wie: „NYC has been built on immigrants“ (I5, Z. 612 f.) und: „We got our statue of liberty in the harbor, it is there for a reason“ (I5, Z. 1030). Diese Symbolpolitik hat aber wiederum auch Vorteile, da sie eine Willkommenskultur formiert, die dazu beitragen kann, dass undokumentierte Menschen selbstbewusster agieren und für ihre Rechte eintreten, da sie sich von der Stadtregierung unterstützt fühlen (vgl. I5, Z. 369 ff.). Dies wiederum verbessert den Zugang Sozialer Arbeit zu prekarisierten Gruppen.

Überraschend war, dass zwei meiner Gesprächspartner_innen in Phoenix nicht wussten, ob die Stadt, in der sie arbeiten, *Sanctuary City* ist (I1, Z. 374 ff.; I4, Z. 731 ff.). Hier wird ein zentrales Moment sichtbar: Für alle interviewten Sozialarbeiterinnen* ist es „normal“, mit undokumentierten Menschen zu arbeiten. Alle gaben an, dass es sowohl für sie als auch für ihre Arbeitgeber_innen selbstverständlich sei, Angebote auch an diese Gruppe zu richten (I1, Z. 189 ff.; I2, Z. 45 ff.; I3, Z. 410; I4, Z. 38 ff., 96 ff.; I5,

Z. 652 ff.; I6, Z. 412 ff.). Staatliche Vorgaben hierzu wurden nicht erwähnt (ebd.), Diese Privatisierung des Sozialbereichs, die darin resultiert, dass sich viele Sozialeinrichtungen ausschließlich über Spenden finanzieren und keine öffentlichen Gelder erhalten, hat zwar viele Nachteile, aber den Vorteil, dass Sozialarbeiter_innen sich ihr Klientel und ihre Aufträge autonomer aussuchen und daher auch in konservativ regierten Städte wie Phoenix Angebote an Undokumentierte gerichtet werden können.

Hier wird ein Unterschied zu Österreich und Deutschland deutlich, wo der Sozialstaat stärker ausgeformt ist und Vorgaben von Staat und Ländern die Rahmenbedingungen der Sozialen Institutionen prägen (vgl. Scherr & Hoffmann, 2018, S. 871). Ich komme am Schluss noch einmal kurz darauf zurück.

Die Interviewanalyse hat weiters ergeben, dass zwei Aspekte wesentlich für die Soziale Arbeit mit undokumentierten Menschen sind: die Schaffung eines angstfreien Raumes, in dem undokumentierte Menschen es wagen, sich Unterstützung zu holen, und die Möglichkeit der Informationsweitergabe, damit Menschen über ihre Rechte Bescheid wissen und diese auch einfordern können. Auf diese beiden Aspekte wird im Folgenden näher eingegangen und aufgezeigt, inwiefern sie auch für den deutschsprachigen Raum relevant sind und hier umgesetzt werden (können).

8.1 Know Your Rights in Your Migration Friendly City

Mit dem gleich eingangs zu findenden Hinweis darauf, dass auch undokumentierte Menschen Rechte haben (Stringer, 2017, S. 2), wird im NYC Manual von der ersten Seite an Position pro Migrant_innen, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus, bezogen (Stringer, 2018, S. 8). Abgesehen davon, dass konkrete Angebote wie der NYC ID undokumentierten Mitbürger_innen den Alltag erleichtern, ist diese Positionierung auch symbolisch von Bedeutung. Denn selbst wenn kein umfassender Abschiebeschutz gewährt werden kann, beeinflussen sowohl Gesetzgebungen als auch Aussagen von Politiker_innen das Gerechtigkeitsgefühl von Bewohner_innen einer Stadt oder eines Landes. Insofern kann die Positionierung der New Yorker Stadtregierung gegen die Repressionen der Bundesregierung als diskursiver Beitrag zur Entkriminalisierung von Migration gewertet werden. Umgekehrt wurde am Beispiel von Arizona deutlich, welch angstvolle Atmosphäre geschaffen werden kann, wenn sich Autoritäten rassistisch und gegen Migration äußern und dementsprechende Anweisungen an die Sicherheitsbehörden geben (I3, Z. 136 ff., I2, Z. 720 ff.). Publikationen wie das NYC

Manual und die Initiativen zur Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisterbüros (MOIA, 2019) tragen zur Schaffung einer Atmosphäre bei, in der sich Migrant_innen in NYC tatsächlich sicherer fühlen und Migration normalisiert wird. Dies hat auch Auswirkungen auf die Soziale Arbeit. „We have the government and the mayor of New York, they are both pro immigrant", (I6, Z. 444) sagt Ana und fühlt sich dadurch bestätigt, mit undokumentierten Menschen zu arbeiten: „And they are really like, openly say: We are helping the immigrant. And we have Sanctuary City in New York." (I6, Z. 453 f.) Dass die Stadtregierung von NYC ihren Angestellten vorschreibt, undokumentierte Menschen zu schützen, solange diese keine strafbare Handlung begangen haben (Stringer, 2018, S. 8), macht es auch für Sozialarbeiter_innen leichter, selbstbewusster im Umgang mit Behörden zu agieren (vgl. I5, Z. 383 f.).

Wichtig ist, dass undokumentierte Menschen über Unterstützungsmöglichkeiten und ihre Rechte Bescheid wissen, denn nur so können sie diese auch einfordern. Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Menschen Informationsmaterialien zu lesen bekommen, kann Sozialer Arbeit bezüglich der Informationsweitergabe eine Schlüsselrolle zukommen (vgl. I3, Z. 146 ff.). So betrachtet auch die Sozialarbeiterin* Blanca „education and information" (I5, Z. 537 f.) als eine ihrer Kernaufgaben und das NYC Mayor's Office bietet „Know Your Rights" Workshops an (MOIA 2019, S. 6). Die Schulung des Personals in Sozialen Einrichtungen ist dabei ebenso wichtig wie die Aufklärung der Nutzer_innen. Sowohl Evie aus Phoenix als auch Blanca aus NYC sagen, dass Informationsdefizite ein großes Problem unter undokumentierten Migrant_innen darstellen (I1, Z. 318 f.; I5, Z. 677 ff.). Es ist eine Herausforderung für die Soziale Arbeit, in Kontakt mit ihnen zu kommen. „I think, one of the barriers is: We don't have access to people because they are living in the shadows" (I1, Z. 331 f.), meint Evie. Blanca erklärt, dass undokumentierte Menschen nicht auffallen wollen und deshalb im Zweifelsfall lieber nicht um Hilfe bitten (I5, Z. 117 f.). Dies führt zur Verschärfung ihrer ohnehin schon prekären Lebenssituation.

8.2 Initiativen in Österreich und Deutschland

Zweifelsfrei sind die historischen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Österreich und Deutschland anders als in den USA. Gemeinden können dort selbstständiger agieren als dies in Deutschland und Österreich der Fall ist (vgl. Scherr & Hoffmann, 2018, S. 871). Dennoch sind viele Forschungsergebnisse auf den europäischen Raum übertragbar: Auch in

Österreich gehört die Angst vor Abschiebung zum Alltag undokumentierter Menschen (Kratzmann, 2007, S. 172 ff.) und sie brauchen die Sicherheit, in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen nicht kontrolliert zu werden, damit sie sich trauen, Hilfe zu suchen (vgl. ebd., S. 188 ff.). Wesentlich für das Schaffen eines Schutzraumes ist die diskursive Herstellung einer Willkommenskultur, wie sie im Sommer der Migration 2015 von Aktivist_innen in Deutschland und Europa formiert wurde. Daran und angesichts der Tatsache, dass alle von mir interviewten Sozialarbeiter_innen – auch jene in der Stadt Phoenix, die keine *Sanctuary City* ist – mit undokumentierten Menschen arbeiten, wird deutlich, dass auch ohne den offiziellen Status einer Stadt als *Sanctuary City* und den dazu gehörigen rechtlichen Vorgaben Maßnahmen getroffen werden können, die zur Verbesserung der Lebensqualität und Sicherheit undokumentierter Menschen beitragen. Scherr und Hoffmann formulieren dies, bezogen auf Deutschland und anwendbar auf Österreich, so:

> Die Handlungsebene der politischen Symbolik durch Selbstdeklarationen zu einer Sanctuary City steht dabei deutschen Städten ebenso offen wie die Anerkennung und praktische Unterstützung von lokalen Initiativen und Netzwerken. Denn auch in deutschen Städten existieren, wie sich in der jüngsten „Flüchtlingskrise" gezeigt hat, vielfältige Netzwerke, die auf die Stärkung einer lokalen Willkommenskultur für Schutzbedürftige ausgerichtet sind. Insofern kann auch in Deutschland ein Verständnis von Sanctuary Cities als lokaler Basisbewegung aufgegriffen und kommunalpolitisch unterstützt werden (Scherr & Hoffman, 2018, S. 879).

Die Initiative Seebrücke[7] arbeitet beispielsweise im deutschsprachigen Raum daran, die vielzitierte Willkommenskultur mit konkreten Taten zu füllen und fordert von Stadtregierungen, sich als sichere Häfen für Geflüchtete zu erklären und, entgegen der Bestrebungen der Bundesregierungen, mehr Menschen aufzunehmen. Zudem gibt es auch in Europa viele engagierte Intiativen im Bereich der Gesundheitsversorgung und Rechtsberatung für undokumentierte Migrant_innen (vgl. Wenke & Kron 2019, S. 5 ff.). Beispiele aus Wien wären hierfür das Gesundheitszentrum des Vereins *neunerhaus*, in dem Menschen ohne Versicherung und unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel behandelt werden, oder die Beratungsstelle

7 https://seebruecke.org.

UNDOK für undokumentiert Arbeitende (vgl. Füchslbauer & Kühne, 2021, S. 238 ff.). In Deutschland und der Schweiz formieren sich schon seit Jahren Städte wie Berlin und Zürich zu einem Netzwerk von *Solidarischen Städten* (vgl. Wenke & Kron, 2019, S. 6 ff.). Auch wenn diese nicht denselben Handlungsspielraum wie *Sanctuary Cities* aufweisen, so handelt es sich dabei um wichtige „diskursive Interventionen und solidarische Praktiken" (ebd., S. 8), die Vorbildwirkung für Österreich haben könnten.

9. Resümee: The professional is political

Es zeigte sich, dass ein stabiles Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühl und das Wissen um die eigenen Rechte dazu führen können, dass sich Menschen in schwierigen Lebenssituationen Hilfe holen. *Sanctuary Cities* und die Realisierung von *Urban Citizenship* erweitern den Handlungsrahmen Sozialer Arbeit und tragen zu einer verbesserten pro-migrantischen Atmosphäre bei. Nicht vergessen werden darf, dass ihrer Umsetzung lange Kämpfe von Aktivist_innen vorausgingen und es sich somit nicht um Top-down-, sondern Bottom-up-Initiativen handelt (vgl. Lebuhn, 2017, S. 35 f.). Gerade deshalb braucht es eine politische, menschenrechtsbasierte Haltung, um unter den unterschiedlichen juristischen und politischen Rahmenbedingungen auch in Europa die Umsetzung der hier referierten Konzepte zu fordern. Denn trotz unterschiedlicher Gesetzeslagen stellt die Deklarierung als *Sanctuary City* auch für österreichische und deutsche Städte „eine mögliche Handlungsperspektive" (Scherr & Hoffmann, 2018, S. 872) dar, wenn Regierungen in puncto einer menschlichen Migrationspolitik versagen. Beweis dafür ist auch das Netzwerk solidarischer Städte in der Schweiz und Deutschland (vgl. Wenke & Kron, 2019, S. 6). Die lokalen Initiativen können die Lebensqualität von Menschen ohne Aufenthaltstitel entscheidend verbessern. (Scherr & Hoffmann, 2018, S. 870). Dies betrifft Wohnraum, Bildung, Gesundheitsversorgung und undokumentierte Arbeit (ebd.) und somit Bereiche, in denen auch Soziale Arbeit unterstützend tätig ist. Eine internationale Vernetzung antirassistischer Initiativen kann hilfreich sein, um voneinander zu lernen (Scherr & Hoffmann, 2018, S. 873) und Soziale Arbeit nicht nur innerhalb nationaler Grenzen, sondern im Kontext globaler Zusammenhänge zu gestalten.

Die Aufgabe Sozialer Arbeit ist es, sich durch klare Positionierung auf die Seite marginalisierter Gruppen zu stellen und politische Einflussnahme auf die Entwicklung dieser Konzepte voranzutreiben. Ebenso wichtig ist es,

undokumentierte Menschen über die ihnen bereits zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu informieren.

Übergeordnetes Ziel muss es aber sein, nicht nur möglichst gute Lebensbedingungen für undokumentierte Personen zu schaffen, sondern den konstruierten Status der Illegalität abzuschaffen. Denn auch in Städten mit *Urban Citizenship* und in *Sanctuary Cities* sind undokumentierte Migrant_innen vielfältigen Dynamiken der Ausbeutung und Ausgrenzung ausgesetzt (vgl. Lebuhn, 2017, S. 29). Eine klare Positionierung seitens Sozialarbeiter_innen gegen die Kriminalisierung der Migration ist notwendig. Dies drückt Blanca am Ende des Interviews sehr gut aus: „Especially now (emphasizes), in these days in the country, to work with undocumented or people of color / it's almost radical." (I5, Z. 1023 f.) Dem muss mit einer rassismuskritischen und explizit politisch handelnden Sozialen Arbeit begegnet werden.

Literatur

Archibold, R. (2010). *Arizona enacts Stringend Law on Immigration.* April 23, 2010. https://www.nytimes.com/2010/04/24/us/politics/24immig.html. (Abfrage: 04.01.2020).

Center for Medicare & Medicaid Services (2012). *Emergency Medical Treatment & Labor Act (EMTALA).* https://www.cms.gov/regulations-and-guidance/legislation/emtala (Abfrage: 08.02.2020).

City of Phoenix (2017). *Police Operations Order 4.48 on Immigration Enforcement.* 07/24/2017. https://www.phoenix.gov/policesite/Documents/ops448.pdf. (Abfrage: 10.12.2019).

City of Phoenix (2019). *Immigrant & Refugee Resources.* https://www.phoenix.gov/resources. (Seite existiert nicht mehr) (Abfrage: 10.12.2019).

Füchslbauer, T. &; Kühne, A. (2021). Von den (Un-)Möglichkeiten einer Sozialen Arbeit mit obdachlosen EU-Bürger*innen. In ogsa AG Migrationsgesellschaft (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Postmigrationsgesellschaft. Kritische Perspektiven und Praxisbeispiele aus Österreich.* (S. 234–245). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Helfferich, C. (2014). Leitfaden- und Experteninterviews. In N. Bauer & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung.* (S. 559–574). Wiesbaden: Springer VS.

IdNYC (2019). *Frequently Asked Questions.* https://www1.nyc.gov/site/idnyc/frequently-asked-questions/frequently-asked-questions.page. (Abfrage: 19.11.2019).

Kratzmann, K. (2007). *„Auf einmal war ich illegal". Undokumentierte Migranten in Österreich.* Wien: Verlag des Instituts für Europäische Ethnologie.

Lebuhn, H. (2017). Urban Citizenship. Zum Potenzial eines stadtpolitischen Konzepts. In M. Krenn & K. Morawek (Hrsg.). *Urbæn Cit'zën Şhip. Zur Demokratisierung der Demokratie. democratising democracy* (S. 26–63). Wien: Verlag für moderne Kunst.

Marshall, T. (1950). *Citizenship and social class and other essays.* Cambridge: Cambridge University Press.

Mayring, P. (2002). *Einführung in die qualitative Sozialforschung.* Weinheim und Basel: Beltz.

Mayring, P. (2003). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken.* Weinheim und Basel: Beltz.

MOIA (NYC Mayor's Office of Immigrant Affairs) (2019). *State of our Immigrant City. MOIA Annual Report for Calender Year 2018.* march 2019. https://www1.nyc.gov/assets/immigrants/downloads/pdf/moia_annual_report%202019_final.pdf. (Abfrage: 04.07.2021).

National Immigration Law Center (2018). *Health Care Coverage Maps.* https://www.nilc.org/issues/health-care/healthcoveragemaps/. (Abfrage: 08.08.2021).

New York State Unified Court System (2019). *New York State Courts' Policy on ICE Arrests in Courthouses.* http://nycourts.gov/courthelp//GoingToCourt/ICE.shtml. (Abfrage: 10.12.2020).

Nicholls, W. (2013). *The DREAMers. How the Undocumented Youth Movement Transformed the Immigrant Rights Debate.* Stanford: Stanford University Press.

Ovryn Rivera, R. (1987). *A question of conscience: The emergence and development of the Sanctuary Movement in the United States.* Dissertation. New York: City University.

Park, Y. & Bhuyan, R. (2012). Whom Should We Serve? A Discourse Analysis of Social Workers' Commentary on Undocumented Immigrants. *Journal of Progressive Human Services,* (23(1), 18–40.

Scott, J. & Caceres, A. (2018). Sanctuary and social work: Navigating moral and legal contradictions. *Social Work and Christianity,* 45(4), 61–82.

Schirilla, N. (2016). *Migration und Flucht. Orientierungswissen für die Soziale Arbeit.* Stuttgart: W. Kohlhammer.

Scherr, A. & Hofmann R. (2018). Sanctuary Cities – Zufluchts-Städte. In F. Gesemann & R. Roth, (Hrsg.), *Handbuch Lokale Integrationspolitik* (S. 869–882). Wiesbaden: Springer.

Schmelz, A. (2019). „Recht auf Rechte" für Flüchtlinge in Kommunen Europas praktizieren? Lokale Politikstrategien in Deutschland und Italien. In E. Arslan & K. Bozay, (Hrsg.), *Symbolische Ordnung und Flüchtlingsbewegungen in der Einwanderungsgesellschaft* (S. 189–206). Wiesbaden: Springer VS.

Stewart, T. (2014). Undocumented Immigrants and Policy Advocacy: Reasserting the Activist Roots of Social Work. *Columbia Social Work Review,* 33–42.

Stringer, S. (2018). *Immigrants Rights and Services Manual. Important Information You Need to Know to Participate in the Life of New York City.* New York City: Office of the Comptroller. https://comptroller.nyc.gov/wp-content/uploads/documents/Immigrant-Manual-2018-English_fv.pdf. (Abfrage: 07.07.2021).

The United States Department of Justice (2018). *Attorney General Announces Zero-Tolerance Policy for Criminal Illegal Entry.* April 6, 2018. https://www.justice.gov/opa/pr/attorney-general-announces-zero-tolerance-policy-criminal-illegal-entry. (Abfrage: 01.08.2021).

Tsianos, V. (2019) Illegalisierte Migration und Arbeit mit Flüchtlingen. In: F. Kessl & C. Reutlinger (Hrsg.) *Handbuch Sozialraum. Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit* (S. 487–500). Springer VS. Wiesbaden.

Vogel, D. (1996). Illegaler Aufenthalt und Legalisierungspolitik. In AWO Bremen (Hrsg.), *Illegale. Neue Anforderungen für die Migrationssozialarbeit.* Bremen.

Wenke, C. & Kron, S. (2019). Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship. In C. Wenke & S. Kron (Hrsg.), *Solidarische Städte in Europa* (S. 5–18). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Interviews

I1 Interview mit Evie, Krankenhaus-Sozialarbeiterin*. Phoenix, 1. April 2019.
I2 Interview mit dem Team (fünf Sozialarbeiterinnen*) einer Gewaltschutzeinrichtung. Phoenix, 3. April 2019.
I3 Interview mit Laurie, Schulsozialarbeiterin*. Phoenix, 5. April 2019.
I4 Interview mit Stacy, Sozialarbeiterin* in einer Wohnungsloseneinrichtung, und ihrer Praktikantin. 8. April 2019.
I5 Interview mit Blanca, Sozialarbeiterin* in einem Neighborhood-Center in der Bronx., 24. September 2019.
I6 Interview mit Ana, Sozialarbeiterin* in einer Neighborhood Clinic in der Bronx. 26. September 2019.